



Kern: Grün-Rot setzt bildungspolitisch aufs falsche Pferd

Zu den Forderungen des Berufsschullehrerverbands Baden-Württemberg sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Timm Kern**:

„Es wird immer deutlicher, in welchem Maß Grün-Rot in der Bildungspolitik aufs falsche Pferd setzt. Durch die ideologische Fixierung auf das Lieblingskind ‚Gemeinschaftsschule‘ gefährdet die Koalition den hohen und bewährten Standard beruflicher Bildung, den Baden-Württembergs berufliche Schulen vermitteln. Die beruflichen Schulen werden hängengelassen, obwohl gerade sie in der aktuellen Flüchtlingskrise für die Schulbildung der jungen Flüchtlinge wesentlich Verantwortung tragen.

Wir Freien Demokraten setzen uns für eine Ausstattung der beruflichen Schulen mit Personal und Sachmitteln ein und unterstützen die berechtigten Forderungen des Berufsschullehrerverbands zur Bekämpfung des fachspezifischen Lehrermangels. Hierzu zählen eine Rücknahme der ungerechten Absenkung der Eingangsbesoldung bei den angehenden Lehrerinnen und Lehrern, ein früherer Einstellungstermin und eine Ausweitung des Anteils so genannter schulscharf ausgeschriebener Stellen. Denn anders als das Kultusministerium behauptet, dürfen die beruflichen Schulen de facto weniger als die Hälfte der Lehrerstellen selbst besetzen. Insbesondere hat das Kultusministerium verschlafen, dass man früher dran sein muss, wenn man die dringend benötigten Fachkräfte aus der Wirtschaft als Berufsschullehrer gewinnen will. Die zu besetzenden Lehrerstellen müssen unbedingt bereits im November des vorangehenden Schuljahres ausgeschrieben werden.“

Zudem dränge die grün-rote Landesregierung auf eine Schließung von Berufsschul-Bildungsgängen aufgrund zu geringer Schülerzahlen, so Kern. Wörtlich sagte er: „Dabei erkennt sie mitunter, welche hohe Bedeutung ein attraktives Ausbildungsangebot in erreichbarer Nähe für die Wirtschaft vor Ort besitzt. Außerdem gilt: Wenn Berufsschulklassen landes- oder bezirkswelt zusammengelegt werden, müssen mehr Schülerinnen und Schüler für Blockunterricht in Wohnheimen untergebracht werden. Seit Jahren verweigert sich Grün-Rot trotz vollmundiger Ankündigungen den Anträgen der FDP-Fraktion auf Übernahme von einem Drittel der Unterbringungskosten durch das Land. Dabei wären dann immer noch ein Drittel der Kosten vom Betrieb und ein Drittel vom Auszubildenden selbst zu tragen. Die grün-rote Landesregierung hat oft genug die Bedeutung der dualen Ausbildung gewürdigt, jetzt sollte sie ihren Worten endlich Taten folgen lassen.“